

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 3

Vorwort: Erste Zwischenbilanz nach zehn Tagen

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

1. Jahrgang, Nummer 3 Erscheint wöchentlich mit zweimonatl. Beilage

Herausgeber Schweizerisches Ost-Institut AG, Bern
 Redaktion und Dr. Peter Sager, Postfach 1178, Bern-Transit
 Verwaltung Postcheckkonto III 24 616, Telephon 2 77 69
 Jahresabonnement Fr. 20.—

KAMPFBLATT FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND EIN STARKES EUROPA

ERSTE ZWISCHENBILANZ NACH ZEHN TAGEN

Mit der Herausgabe unserer neuen Wochenzeitschrift haben wir viel, sehr viel Erfreuliches erfahren. Ein junger Wissenschaftler schickte uns einen Monatslohn, Fr. 1000.—, zur Unterstützung unserer Arbeit. Ein Unenannter überwies Fr. 750.—, eine Waadtländer Dame kündigte uns ein Geschenk von Fr. 400.— an. Viele Abonnenten rundeten den Abonnementspreis auf.

Das ist mehr als wir erwarteten, denn wir wollten keine Geschenke. Wir danken diesen Spendern herzlich; ihre Gaben tragen zur Sicherung unserer Arbeit bei und ermutigen uns, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Erfreulich ist die ausserordentlich starke Unterstützung, die wir mit ganz wenigen Ausnahmen durch die Schweizer Presse erfahren haben. Das ist uns eine Verpflichtung. Ermutigend ist auch der grosse Einsatz von über 700 freiwilligen Werbern, die Abonnenten zu gewinnen versuchen. Auf sie wie auf jeden Leser sind wir angewiesen.

1500 Abonnenten

Die erste Werbeaktion, die wir in kleinem Rahmen dreimal wiederholen werden, hat uns fast 1500 Abonnenten gebracht. Wir werden nun mit bescheideneren Mitteln weiterarbeiten, um das Ziel von 10 000 Abonnenten möglichst rasch zu erreichen. Vom Erfolg hängt auch das Bestehen des Schweizerischen Ost-Institutes ab.

Bedenkliches haben unsere jungen Werber aber bei einigen wenigen Geschäftsleuten festgestellt; die meisten haben zwar Werbeplakate angenommen, um die Aktion zu unterstützen. Ihnen danken wir. Eine Minderheit aber nahm eine Haltung ein, die zum Aufsehen mahnt.

Geld und Geist

In Bern verweigerte ein Geschäftsbesitzer die Aufnahme eines Plakates, weil er sonst die zahlreichen Mitarbeiter der chinesischen Botschaft als Kunden verlieren würde. Wäre dieser Mann in seiner Existenz bedroht, so hätte man seine Haltung noch verstehen können. Aber er versteuert ein Vermögen von Fr. 420 000.— und ein Einkommen von Fr. 33 000.—. Ueber ein

Dutzend Geschäftsleute nahmen die gleiche Haltung ein.

Diese Leute sind von keinen Existenzsorgen bedroht. Sie haben in unserer Demokratie ein sehr gutes Auskommen gefunden. Sie haben auch Verpflichtungen dieser Demokratie gegenüber. Wenn dem Staat Gefahren drohen, müssen auch diejenigen einstehen und ein Opfer bringen, die aus diesem beschützenden Staat Nutzen gezogen haben.

Wir wollen keine Zensuren austeilen. Es gibt nun einmal solche Erscheinungen. Noch sind es Einzelne, noch sind es bloss Anfänge. Aber diesen Anfängen muss gewehrt werden, solange es noch Zeit ist. Auch bei uns.

Peter Sager.

Vor dem Gipfeltreffen benützen die Sowjets die

Psychose der Erleichterung als Waffe

Neue internationale Spannungen ballen sich um die Fragen der deutschen Aufrüstung und Berlins zusammen. Am 23. Januar schrieb Ulbricht in ungewohnt scharfem Ton an Adenauer. Am 28. Januar drohte Ulbricht an einer grossen Pressekonferenz mit Atom- und Raketenauführung. Am 29. Januar verwahrte sich die ostdeutsche Regierung in einer scharfen Note gegen die Besuche und Tagungen westdeutscher Politiker in Westberlin und kündigte «Massnahmen» an.

Am 4. Februar schloss sich das Kesseltreiben mit einer Resolution der Tagung des Warschauer Paktes. Westdeutschland wurde der Kriegshetze und des Nazitums bezichtigt. Damit die Worte auch den nötigen Widerhall finden sollten, war die Tagung gross aufgezogen worden: Die ge-

samte erste Garnitur der Mitgliedstaaten mit allen kommunistischen Parteigrössen war anwesend.

Die westdeutschen Sozialdemokraten, die auf Ulbrichts Raketendrohung ebenso scharf antworteten, wurden auf diese doch voraussehbare Reaktion hin in der ostdeutschen Presse mit einem Strom lange nicht mehr gehörter Unflätigkeiten angegriffen.

Alle diese Aktionen kamen einseitig und eindeutig aus dem Osten; die Nazischmieren waren ihnen nur Aufhänger, nicht Ursache. Im Ostblock aber werden solche Angriffe nicht improvisiert.

Es ist eine alte Taktik der Kommunisten, vor Verhandlungen, an denen sie nichts Neues zu bieten haben, oder Unangenehmes durchsetzen wollen, eine sekundäre Spannung zu schaffen. Kurz vor den Gesprächen wird sie gedrosselt.

Sie züchten damit eine Psychose der Erleichterung im Westen, deren Begleitscheinung eine fast krankhafte Bereitschaft zu Gesprächen ist.

Die Aussenministerkonferenz 1959 und die Gespräche von Camp David fanden in der Psychose der Erleichterung über das versickernde Berliner Ultimatum vom 27. November 1958 statt. Paul-Henri Spaak, Generalsekretär der Nato, sagte damals offen: «Wir haben nichts Neues zu bieten, und die Forderungen des Ostens kennen wir. Aber solange man redet, kämpft man nicht.»

Es scheint nach dem Treffen der Warschauer Mitgliedstaaten festzustehen, welche knapp vermiedene Krise die Psychose des Gipfeltreffens 1960 bestimmen wird.

